

**Einfache Anfrage SVP-Fraktion:  
«Setzt die KdK die falschen Prioritäten?»**

Am 24. März 2023 veröffentlichte die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) eine Medienmitteilung über das Resultat ihrer europapolitischen Standortbestimmung, die sie an ihrer Plenarversammlung verabschiedete. Die KdK fordert eine Lösung, bei welcher der EU-Gerichtshof das letzte Wort bei der Auslegung des EU-Rechts hat. Zudem ist sie der Meinung, es führe mangels einer akzeptierbaren Alternative kein Weg an einer dynamischen Übernahme von EU-Recht vorbei.

Während sich die KdK mit der erhabenen Europapolitik beschäftigt, nimmt in den Niederungen der Schweiz, namentlich an der Landesgrenze im Osten, die unkontrollierte, illegale Einreise von Migranten immer weiter zu. Offenbar ignoriert die KdK einfach den zunehmenden Kontrollverlust an der Grenze.

Wir bitten die Regierung, die gemäss der Medienmitteilung die Beschlüsse der KdK bedingungslos teilt, um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb genehmigte die Regierung die Medienmitteilung der KdK, obwohl diese offensichtlich die Verhandlungsposition des Bundesrates gegenüber der EU schwächt und die KdK damit gewissermassen als Sprecherin der EU erscheint?
2. Hat die Regierung im Rahmen der KdK einen Antrag gestellt, um auf den Bundesrat einzuwirken, damit er bei den Regierungen der Nachbarländer auf die Rücknahme der illegal eingereisten Personen besteht?
3. Wenn Nein, ist die Regierung bereit, im Rahmen der KdK einen entsprechenden Antrag zu stellen?
4. Welche Konsequenzen hätte eine dynamische Rechtsübernahme von EU-Recht für die Mitwirkungsrechte der Kantone bei der nationalen Gesetzgebung?
5. Ist sich die KdK bewusst, dass durch die dynamische Rechtsübernahme Gesetze kantonale vollzogen werden müssten, bei denen die Mitwirkungsrechte der Kantone faktisch hinfällig wären?»

28. März 2023

SVP-Fraktion